

A. Leitantrag an den 13. Landesparteitag

A.1. Partei ergreifen!

ÄA.1.5. Änderungsantrag zum Leitantrag - Partei ergreifen für Selbstbestimmung!

EinreicherInnen: Pia Barkow, Sarah Buddeberg, Claudia Jobst (LISA Sprecherin), Anja Eichhorn (Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik), Lars Kleba, Daniel Knorr, Fabian Blunck (Sprecher*in LAG queer), Caren Lay, Susanna Karawasnkij, Peter Porsch, Kerstin Köditz, Dagmar Weidauer (LISA Sprecherin), René Strowick, Conny Ernst, Steffi Götze, Silvio Lang, Werner Kujat, Katja Kipping

Der Landesparteitag möge die folgende Änderung beschließen:

Einfügung in Zeile 85:

Partei ergreifen für Selbstbestimmung!

Obwohl sich die Gesellschaft, in der wir leben, gerade in Abgrenzung zu anderen Ländern gern für ihre emanzipatorischen Errungenschaften rühmt, macht es auch bei uns einen eklatanten Unterschied, ob ein Mensch als Mann oder als Frau sozialisiert ist. Bereits in der frühen Kindheit werden Mädchen andere Aufgaben, Rollen und Eigenschaften zugeschrieben als Jungen*. Diese Konfrontation mit Rollenbildern setzt sich durch das gesamte Leben fort und führt zu erheblichen Unterschieden, sei es bei der Berufswahl, beim Zugang zu gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten, zu finanziellen Ressourcen, bei der Lebensgestaltung. Noch schwieriger ist die Situation für Menschen, die sich nicht einem der beiden Geschlechter zuordnen können oder wollen – sie werden nicht nur marginalisiert, sondern erfahren auch im hohem Maß Diskriminierung. Die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis jahrzehntelangen emanzipatorischer Kämpfe um Selbstbestimmung. Gleichzeitig sind alle Verbesserungen, die erreicht wurden, immer wieder von einem konservativen Rollback bedroht. Gerade heute erleben wir, dass Rechte von Frau-en und LGBTIQ (esbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen) von rechtskonservativen Kräften angegriffen und zur Disposition gestellt werden.*

DIE LINKE stellt sich diesen Bestrebungen als emanzipatorische und feministische Partei entschieden entgegen. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbst über ihr Leben, ihren Körper, ihre sexuelle Orientierung und Identität entscheiden können. Jede Person soll unabhängig vom zugeschriebenen Geschlecht über Berufswahl, Beziehungsform und Familienplanung entscheiden können. Dafür ist es unerlässlich, ungleiche Zugänge sichtbar zu machen und gesellschaftspolitisch abzubauen, sei es durch die Aufwertung von sozialen Berufen, die finanzielle Anerkennung von Carearbeit, den Zugang zu und die Teilhabe an relevanten Einflussmöglichkeiten, eine umfassende geschlechtersensible Bildungsarbeit oder Beratungs- und Unterstützungsangebote für von Diskriminierung betroffene. Wir setzen und für eine Gesellschaft ein, in der Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit und sexualisierte Gewalt geächtet und ein respektvoller Umgang selbstverständlich wird.

Begründung:

DIE LINKE versteht sich als eine feministische Partei. Dieses Bekenntnis allein reicht jedoch nicht, vielmehr müssen Gleichstellungsfragen mitbedacht und vor allem mitbenannt werden. War dies bisher vor allem ein Anspruch an uns selbst und eine Frage der Glaubwürdigkeit, so hat sich die Situation in der jüngsten Zeit spürbar verändert. Mit dem Aufstreben der rechtskonservativen Kräfte ist auch ein dezidierter Kampf gegen emanzipatorische Errungenschaften spürbar. Nicht zufällig hat die AfD neben ihrer Hetze gegen den Islam den sogenannten Genderwahn zu ihrem Hauptthema gemacht (wir haben den Begriff absichtlich nicht im Antragstext erwähnt, weil wir ihn bewusst nicht weiterverbreiten wollen).

Anschlussfähig ist dies an die rechtskonservativen Kräfte in der CDU: Vor wenigen Wochen luden die CDU-MdB Vaatz und Lämmel die Publizistin und Mitorganisatorin der „Demo für alle“ Birgit Kelle zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Mit Gendergaga gegen das arabische Frauenbild? Wie Ideologien unsere Freiheit bedrohen“ ein. Birgit Kelle, selbst CDU-Mitglied, ist unter anderem Autorin der Bücher „Dann mach doch die Bluse zu. Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn“ und „Gendergaga. Wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will.“ Der Titel der Veranstaltung verweist auch darauf, dass es in dieser Frage um weit mehr als das Thema Sexuelle Vielfalt im Bildungsplan geht. Die Einschränkung von emanzipatorischen Errungenschaften, die die AfD inzwischen ganz unverblümt in ihrem Programm fordert, bedeutet für uns als LINKE einen Kampf um gesellschaftliche Hegemonie. Der strukturelle Zusammenhang zwischen der Diskriminierung auf Grund von Religion oder Herkunft und der Diskriminierung auf Grund von Geschlecht, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität liegt im Ausgrenzen des Anderen von der Selbstdefinierten Norm. Hier wird eine ideologische Grundhaltung sichtbar, die eine Ausgrenzung von Minderheiten, ihre Stigmatisierung und die grundsätzliche Einschränkung von Freiheitsrechten forciert.

Deshalb geht die von uns in der Einfügung aufgemachte Forderung nach Selbstbestimmung letztlich

auch über die hier genannten Gruppen/Felder hinaus. Wir als LINKE setzen uns für eine offene Gesellschaft ein und stellen und jedem Versuch der rechtskonservativen, eine geschlossene Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu etablieren, entschieden entgegen. Das sollten wir an dieser Stelle auch ganz deutlich zum Ausdruck bringen.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____